



## **SPD-Fraktion *direkt***

Ausgabe 2015 | 35

27.11.2015

### **INHALT**

<b>ZUR LAGE</b>	<b>3</b>
<b>ZUR WOCHE</b>	<b>6</b>
<b>HAUSHALTSPLÄNE DER CDU SIND UNSERIÖS UND UNSOZIAL</b>	<b>6</b>
<b>NATIONALPARK IST ENTWICKLUNGSMOTOR FÜR REGION</b>	<b>7</b>
<b>UNTERRICHTSVERSORGUNG STEIGT ERNEUT</b>	<b>8</b>
<b>CDU BEGRÄBT LANDESFAMILIENGELD</b>	<b>8</b>
<b>CHANCENGARANTIE FÜR JUNGE FLÜCHTLINGE</b>	<b>9</b>
<b>KAMPF GEGEN GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN</b>	<b>10</b>
<b>LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN UND ARTENVIELFALT ERHALTEN</b>	<b>11</b>
<b>ABGEORDNETE ENGAGIEREN SICH ALS VORLESER</b>	<b>12</b>
<b>BILANZ DER 16. LEGISLATURPERIODE</b>	<b>13</b>
<b>ZAHLEN UND FAKTEN</b>	<b>16</b>

**ALEXANDER SCHWEITZER**

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**SPD-Fraktion**  
im Landtag Rheinland-Pfalz





## ZUR LAGE

### ***Liebe Genossinnen und Genossen,***

nicht erst seit den jüngsten Geschehnissen von Paris ist innere Sicherheit für uns als SPD-Landtagsfraktion ein zentrales politisches Thema. Insbesondere unsere Innenpolitiker mit unserem Arbeitskreisvorsitzenden **Hans Jürgen Noss** und unserem polizeipolitischen Sprecher **Wolfgang Schwarz** stehen in ständigem Kontakt mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor Ort, ihren Gewerkschaften und entsprechenden Experten verschiedener Fachrichtungen.

Während des Sommers 2015 haben wir alle die Gelegenheit genutzt, um uns bei der Begleitung einer Tages- oder Nachtschicht selbst ein unmittelbares Bild des polizeilichen Alltags in Rheinland Pfalz zu machen. Und wir sind stolz auf die Ergebnisse der guten Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten.

- Die Entwicklung der polizeilichen Kriminalstatistik in den letzten Jahren belegt eindeutig: Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Bundesland. Die Kennzahlen der Kriminalitätsentwicklung sind beständig rückläufig.
- Zugleich liegen die Aufklärungsquoten seit 10 Jahren in Folge im Bereich über 60 Prozent. Eine solche Bilanz können nur wenige Bundesländer aufweisen.

Der Haushalt 2016, den wir im Haushalts- und Finanzausschuss beraten und im Dezember im Plenum verabschieden werden, zeigt: Wir ruhen uns nicht auf dem Erreichten aus, sondern richten unsere Politik so aus, dass wir auch auf neue Entwicklungen und Bewertungen der Sicherheitslage zeitnah reagieren können.

Bereits im Frühjahr 2015 haben wir die Sicherheitslage neu bewertet und gemeinsam mit **unserem Innenminister Roger Lewentz** ein umfassendes Sicherheitspaket auf den Weg gebracht. Basierend auf der Analyse der damaligen Geschehnisse wurde die Ausrüstung der rheinland-pfälzischen Spezialkräfte für rund 1,6 Millionen Euro verbessert. Damit haben wir unsere Polizei in die Lage versetzt, auf die neue Bedrohungssituation durch zum Teil mit Kriegswaffen agierenden Tätern adäquat reagieren zu können. Dies erweist sich gerade vor dem Hintergrund aktueller Geschehnisse als richtig und vorausschauend.

Zugleich haben wir die Einstellungszahlen von Polizeianwärterinnen und Polizeianwärttern auf einen historischen Höchststand gebracht: Mit 475 in diesem und 500 im nächsten Jahr stellt die rot-grüne Koalition so viele Polizeianwärterinnen und Polizeianwärttern ein wie noch nie in der Geschichte des Landes. Damit ist gesichert, dass auch bei den anstehenden Pensionierungswellen eine gute Polizeistärke in unserem Land zur Verfügung bleibt.

Außerdem haben wir dafür Sorge getragen, dass die rheinland-pfälzische Polizei weitere Spezialisten im Bereich der Cyberkriminalität sowie Islamwissenschaftler einstellen kann – so kann unsere Polizei auch für schwierige Spezialfelder auf ein internes Expertenreservoir zurückgreifen.

Im Rahmen des Nachtragshaushalts 2015 konnten wir weitere Verbesserungen für unsere Polizeikräfte durchsetzen. Hierdurch ist es gelungen, die Ausstattung unserer Polizei noch einmal für rund 1,5 Millionen Euro zu verbessern.

In den aktuellen Beratungen für den Landeshaushalt 2016 legt die SPD-Landtagsfraktion einen Fokus auf die Sicherheit in Rheinland-Pfalz:

- Neben weiteren Verbesserungen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Flüchtlingsunterkünfte sowie zahlreichen Stellenhebungen und der Erhöhung des Personalbudgets werden wir einen Fokus auf die Entlastung der Beamtinnen und Beamten von sogenannten polizeifremden Aufgaben legen.
- Da eine weitere Erhöhung von Anwärterstellen über den aktuellen Höchststand hinaus, insbesondere vor dem Hintergrund der dreijährigen Ausbildungszeit, keine kurzfristigen Verbesserungen erbringen würden, werden wir uns in diesem Verfahren darauf konzentrieren, im Bereich der Polizei die Einstellung zusätzlicher Tarifbeschäftigter zu ermöglichen. Diese werden die Beamtinnen und Beamten etwa von Verwaltungsaufgaben entlasten, was es ermöglicht, bisher so gebundene Kräfte für polizeiliche Kernaufgaben einzusetzen. Diese Maßnahme wird einen direkten Effekt auf die verfügbare Polizeistärke und damit auf die Sicherheitslage in Rheinland-Pfalz haben.

Ergänzt werden diese Maßnahmen durch ein neues Raumkonzept der Polizei. So trägt die von uns getragene Regierung dem verständlichen Bedürfnis der Bevölkerung nach einer vermehrten Sichtbarkeit von Polizeikräften Rechnung. Dadurch wird die Präsenz der Polizei auch in der Fläche unseres Landes noch einmal spürbar erhöht. Künftig

## ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**SPD-Fraktion**  
im Landtag Rheinland-Pfalz



können 25 Streifenwagenbesatzungen – frei von sonstigen alltäglichen Aufgaben – die Gebiete der Präsidien bestreifen.

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, wie auch das Wohl unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist für uns ein Anliegen von äußerster Wichtigkeit.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Alexander Schweitzer'.

**Alexander Schweitzer**

## ZUR WOCHE

### ***Haushaltspläne der CDU sind unseriös und unsozial***

Die Pressekonferenz der CDU-Fraktion zum Landeshaushalt 2016 hat vor allem eines deutlich gemacht: Die CDU-Fraktion scheitert an ihrem eigenem Anspruch, ihre wohlfeile Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt vor 2020 mit seriösen Vorschlägen zur Finanzierung zu untermauern.

*„Ein exorbitantes Volumen von 188 Millionen Euro Globale Minderausgaben ist ein Zeugnis der Rat- und Mutlosigkeit“,* stellte unser haushalts- und finanzpolitischer Sprecher, **Dr. Denis Alt**, fest. Völlig unglaublich sei es außerdem, durch eine Personalvermittlungsstelle – mittlerweile eine Art Running Gag von Frau Klöckner – in nur einem Jahr 65 Millionen Euro einsparen zu können. Das entspräche einem Abbau von deutlich über 1200 Stellen im Landesdienst. Ohne Eingriffe bei der Polizei, der Justiz und den Schulen wäre das undurchführbar, hier finden sich über 80 Prozent des Landespersonals. *„Diesem Vorhaben stehen rechtliche und andere faktische Hürden im Wege – unter anderem gibt es in Deutschland ein Arbeitsrecht. Es widerspricht aber auch den von der CDU ansonsten verkündeten Absichten“,* so **Alt**.

Mit einer anderen Globalen Minderausgabe streiche die CDU die Wasserwirtschaft im Land in Grund und Boden, sehr zum Schaden vor allem auch der Kommunen. Umfassend sei auch die geplante Zerstörung der finanziellen Grundlagen des Nationalparks Hunsrück-Hochwald. *„Damit hat Frau Klöckner schon vor ihrer heutigen Pressekonferenz in der Region und über sie hinaus parteiübergreifend Entsetzen ausgelöst. In ihrem ideologischen Feldzug gegen den Nationalpark nimmt sie in Kauf, einer ganzen Region mutwillig die Entwicklungschancen zu zerstören“,* stellt **Alt** fest.

*„Dass die CDU mehr Stellen bei der Polizei, der Justiz, bei Lehrerinnen und Lehrern sowie mehr Geld für den Straßenbau fordert, ist nicht überraschend“,* führt **Alt** weiter aus. *„Die seriösen Konzepte der Koalition finden in solcher Oppositionsroutine aber kein Gegenstück. Die CDU betreibt einen konzeptlosen Überbietungswettbewerb. Das ist opportunistisch und populistisch. Eine anständige Gegenfinanzierung fehlt.“*

*„Neben einigen Kürzungen etwa in der Arbeitsmarktpolitik ist für das unsoziale Profil der CDU-Fraktion prägend, dass sie weiterhin Kindergartengebühren einführen möchte. Die CDU*

*will die Familien in Rheinland-Pfalz dadurch mit 47,6 Millionen Euro mehr belasten. Die Menschen werden sich von dieser unsozialen und gegen die Bildungsgerechtigkeit gerichteten Politik nicht überzeugen lassen“, ist sich **Alt** sicher.*

Nach wie vor bemerkenswert bleibe die Untätigkeit Frau Klöckners beim von ihr angekündigten Landesfamiliengeld. Offenbar sei sie von ihren eigenen Leuten zurückgepiffen worden. **Alt:** *„Dies ist aber nicht als Anzeichen einer Wendung zu einer modernen Familienpolitik der Rheinland-Pfalz CDU zu werten. Dass die CDU das Familiengeld in ihren Haushaltsvorschlägen begräbt, hat allein wahltaktische Gründe.“*

### **Nationalpark ist Entwicklungsmotor für Region**

Nach einem jahrelangen, regional und national gelobten, transparenten Prozess, hat sich Rheinland-Pfalz dafür entschieden, einen Nationalpark Hunsrück-Hochwald einzurichten. Dies ist im Frühjahr dieses Jahres vollzogen worden. *„Irrsinnig ist, dass die CDU-Landtagsfraktion nun das Rad zurückdrehen will. In ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 hat sie massive Kürzungen angekündigt. Die großen Streichungen würden defacto zu einem Aus des Nationalparks führen. Damit brüskiert Julia Klöckner die Mehrheit der Rheinland-Pfälzer, die Menschen in der strukturschwachen Region, darunter auch viele CDU-Kommunalpolitiker und die CDU/SPD Landesregierung im Saarland, mit der ein Staatsvertrag zum Nationalpark besteht“,* kommentierte in dieser Woche unser örtlicher Abgeordneter **Hans Jürgen Noss** die Haushaltspläne der CDU-Landtagsfraktion zur Defacto-Abschaffung des Nationalparks.

**Noss** machte deutlich: *„Die Region steht hinter dem Nationalpark. Parteiübergreifend wird er als wirtschaftlicher Entwicklungsmotor der Region angesehen. Der von der CDU angestrebte Kahlschlag wäre ein schwerer Schlag für die Region. Er hätte wohl auch Auswirkungen auf Planungen für Verkehrswegebau, für Breitbanderschließung und für andere strukturelle Verbesserungen. Völlig unverantwortlich ist überdies, dass die CDU-Fraktion Regionen gegeneinander ausspielen möchte: Sie behauptet wahrheitswidrig, dass den Naturparks das Geld zugunsten des Nationalparks weggenommen werde. Fakt ist: Auch die Naturparke sollen im aktuellen Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 verstärkt gefördert werden.“*

## **Unterrichtsversorgung steigt erneut**

**Unsere Bildungsministerin Vera Reiß** hat in dieser Woche die Schulstatistik für das Schuljahr 2015/16 vorgestellt. Mit einem Versorgungsgrad von 98,6 Prozent herrschen in unseren Schulen gute Rahmenbedingungen für die Förderung der Schülerinnen und Schüler. Erneut steigert die Landesregierung die Unterrichtsversorgung. Unsere bildungspolitische Sprecherin **Bettina Brück** erklärte: *„Die nochmalige Steigerung der Unterrichtsversorgung zeigt: Die Landesregierung hält ihr Versprechen und ist in hohem Maße zuverlässig“*. **Brück** erinnerte daran, dass in Rheinland-Pfalz die Messlatte für einen 100-prozentigen Versorgungsgrad sehr hoch sei. Sie umfasst den Pflichtunterricht sowie viele weitere Förder- und Differenzierungsmaßnahmen. In Hessen beispielsweise werde der Versorgungsgrad nur über den Pflichtunterricht berechnet. *„Die rheinland-pfälzische Berechnungsmethode zeigt, dass hier ein besonderer schulpolitischer Anspruch besteht“*, so **Brück**.

Die Zahlen zeigten zudem, dass die Versorgung mit Lehrkräften trotz ambitionierter und notwendiger pädagogischer Verbesserungen gesichert sei. **Brück** betont: *„Das Konzept der Deutsch-Intensivkurse für Flüchtlingskinder hat sich bewährt und wird weiter bedarfsgerecht ausgebaut. Die Flüchtlingskinder erhalten den notwendigen Deutschunterricht. In Rheinland-Pfalz gibt es die kleinsten Grundschulklassen mit einer durchschnittlichen Größe von rund 18 Kindern pro Klasse. Es bestehen die meisten Ganztagschulen, an den Schulen sind im Ländervergleich junge Lehrkräfte im Dienst.“*

Eine große Hilfe bei der Vertretung von länger abwesenden Lehrkräften ist der Vertretungspool. Im laufenden Schuljahr wurde er auf jetzt 800 Lehrkräfte ausgebaut. Auch im Sinne der Beschäftigten ist es richtig, dass diese Stellen im unbefristeten Beamtenverhältnis vergeben werden. Der Vertretungspool wird bis 2016 auf 1000 Stellen im Beamtenverhältnis ausgebaut. Zudem wurden zu Beginn des Schuljahres rund 1200 Lehrkräfte neu eingestellt, davon 430 mehr als geplant wegen der aktuellen Schülerzahlen. All dies widerlege die schulpolitisch unqualifizierten Behauptungen der CDU-Fraktion, so **Brück**.

## **CDU begräbt Landesfamiliengeld**

Ende Juli hat die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner mit viel Tamtam angekündigt, dass sie mit den freiwerdenden Mitteln aus dem Betreuungsgeld ein rheinland-pfälzisches Landesfamiliengeld durchsetzen werde. Vier Monate später ist diese Idee



bereits klammheimlich verschwunden: Zum einen haben das Land und die Kommunen, darunter vor allem CDU- und SPD-Kommunalpolitiker, am 5. November vereinbart, das Betreuungsgeld künftig nicht für ein Landesfamiliengeld zu nutzen, sondern für Kindertagesstätten, für Tagespflege und für Sprachkurse. Zum anderen folgen die CDU-Abgeordneten nun selbst nicht ihrer Fraktionsvorsitzenden: Die Änderungsanträge zum Haushalt 2016 sind bis Ende vergangener Woche von den Landtagsfraktionen eingebracht worden. Was fehlt, ist ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Einführung eines Landesfamiliengeldes. Das heißt: Die Oppositionsfraktion will diese Leistung offenbar selbst nicht mehr.

„Dass selbst CDU-Kommunalpolitiker und CDU-Abgeordnete das Landesfamiliengeld begraben, ist eine peinliche Niederlage für Julia Klöckner“, erklärte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**. „Sie kann ihr vollmundiges Versprechen, wie Bayern ein Landesgeld auszuzahlen, nicht einhalten. Verlässliche, seriöse Politik ist das in jedem Fall nicht. Zumindest sollte Frau Klöckner nun den Anstand haben, ihr Versprechen öffentlich zurückzuziehen.“

„Dass es kein Landesfamiliengeld geben wird, ist keiner Träne wert“, so **Schweitzer**. Denn – nach allem was bisher bekannt ist – wäre es wie das bisherige Betreuungsgeld eine staatliche Bezahlung dafür, dass man eine andere staatliche Leistung, nämlich den öffentlich geförderten Betreuungsplatz, nicht in Anspruch nimmt. „Eine solche Begründung für eine staatliche Leistung ist abseitig“, stellte **Schweitzer** klar.

Anders als die CDU-Landtagsfraktion setzt die SPD-Landtagsfraktion auf eine moderne Familienpolitik. In Rheinland-Pfalz wird seit dem Jahr 2006 mit dem Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ verstärkt in die Qualität des Angebots an Kindertagesstätten investiert. Der Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder ist im Eiltempo gelungen. Die frühkindliche Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur wurde konsequent ausgebaut, eine Gebührenfreiheit für Kitas eingeführt. All dies ist im Interesse der Eltern; denn es schafft eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und es fördert die Bildungsgerechtigkeit.

### **Chancengarantie für junge Flüchtlinge**

Ausreichende Sprachkenntnisse und berufliche Qualifizierung sind Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen in die Aufnahmegesellschaften. Nach dem erfolgreichen Start der Kompetenzerfassung in den

Erstaufnahmeeinrichtungen liegt mit der durch die Partner des Ovalen Tisches für Ausbildung und Fachkräftesicherung vereinbarten Chancengarantie für die Integration junger Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit nun ein systematisches und nachhaltiges Konzept zur schnellen Eingliederung junger Asylsuchender und Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive in unsere Systeme der beruflichen Bildung vor. Der passgenaue Maßnahmenmix aus Deutschkursen, Berufsorientierung und einer zügigen Kompetenzfeststellung stellt nun sicher, dass Asylsuchenden und Flüchtlingen zeitnah Praktika und Ausbildungsplätze vermittelt werden können.

„Die Ergebnisse des Ovalen Tisches der Landesregierung, der Arbeitsagenturen, Jobcenter, Industrie- sowie der Handels- und Handwerkskammern zeigen, dass die erfolgreiche berufliche Integration von Flüchtlingen nur durch das konzertierte Zusammenwirken aller beteiligten Akteure vor Ort gelingen kann“, kommentierte unsere integrationspolitischen Sprecherin, **Ingeborg Sahler-Fesel**, die erzielte Vereinbarung.

Unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin, **Tanja Machalet**, zog ebenfalls eine positive Bilanz der bisherigen Arbeit des Ovalen Tisches, die nach wie vor auch die Werbung und Qualifizierung einheimische Fachkräfte vorsehe: *„Gerade ein ländlich geprägtes Land wie Rheinland-Pfalz ist auf nachhaltige Strategien zur Fachkräftesicherung angewiesen. Mit dem Ovalen Tisch der Landesregierung verfügen wir über ein kompetentes und lösungsorientiertes Gremium, in dem alle relevanten Akteure des Arbeitsmarkts passgenaue Ansätze zur Fachkräftesicherung entwickeln und diese schnell umsetzen.“*

### ***Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen***

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist leider noch alltäglich – etwa im häuslichen Umfeld, über Zwangsprostitution oder in Form sexueller Übergriffe. Die von physischer und psychischer Gewalt oder von Stalking betroffenen Frauen werden entwürdigt und ihre Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben reduziert. *„Im Kampf gegen die Gewalt ist entscheidend: Gewalt gegen Frauen und Mädchen darf nicht als Privatsache angesehen werden, sondern muss als gesamtgesellschaftliche Herausforderung begriffen werden. Die vorhandenen Strategien zur Beseitigung der Gewalt müssen stetig weiterentwickelt werden“*, erklärte zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen am 25. November unsere frauenpolitische Sprecherin **Petra Elsner**.

In Rheinland-Pfalz besteht ein engmaschiges Netz von Beratungs- und Hilfsangeboten für Frauen und Mädchen. Frauenhäuser, Frauennotrufe, Interventionsstellen und

Täterarbeitseinrichtungen leisten eine hervorragende und unverzichtbare Arbeit. Die Koalition von SPD und Grünen haben sich nun entschieden, die Zuschüsse im Etat 2016 – trotz aller Sparzwänge – leicht anzuheben. Es werden insgesamt 85.000 Euro in die Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen fließen. Mit jeweils 25.000 Euro werden Personalausgaben der Frauenhäuser, Frauennotrufe sowie das Programm „Rheinland-pfälzisches Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ (RIGG) bezuschusst. Weitere je 5.000 Euro sind für die Beratungsstelle „Roxanne“ für Prostituierte vorgesehen sowie für die Koordination der Frauennotrufe und Frauenhäuser.

### ***Lebensgrundlagen schützen und Artenvielfalt erhalten***

Mit ihrer in dieser Woche vorgestellten Biodiversitätsstrategie setzt die rot-grüne Koalition darauf, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten. Die Biodiversitätsstrategie wurde im Dialog mit Verbänden und Landnutzern entwickelt. Dies sei von besonderer Bedeutung, da die erfolgreiche Umsetzung der Strategie nur gemeinsam mit den Landnutzern gelingen könne, so unser umweltpolitische Sprecher, **Marcel Hürter**.

**Hürter** sieht insbesondere beim Gewässerschutz noch große Aufgaben für die Landespolitik: *"Der Zustand der Gewässer in Rheinland-Pfalz ist im bundesweiten Vergleich mit am besten. Dennoch haben nur rund 30 Prozent der Fließgewässer einen guten Zustand. Die Aktion Blau Plus, der Wassercent und das Landeswassergesetz helfen dabei, die ökologische Funktionsfähigkeit der Gewässer zu verbessern und diesen wichtigen Lebensraum zu entwickeln."* Hingegen seien vor allem im Wald in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte erzielt worden. *"Der Anteil der Laubbäume konnte erheblich gesteigert werden, und unsere Wälder sind heute deutlich naturnäher und stabiler"*, betont **Hürter**. *"Die erfolgte FSC-Zertifizierung bestätigt die gute Arbeit der Forstleute."*

Die Biodiversitätsstrategie des Landes sei die Fortsetzung der Politik der zurückliegenden Jahre, so **Hürter**. Das neue Landesnaturschutzgesetz, der Erhalt der Lebensräume im ehemaligen Westwall, das Klimaschutzkonzept und eine Vielzahl von weiteren Projekten zeigen, dass der Erhalt der biologischen Vielfalt der Koalition am Herzen liegt. Die Strategie gibt nun Indikatoren vor, mit denen solche Maßnahmen beurteilt werden können.

## **Abgeordnete engagieren sich als Vorleser**

Am bundesweiten Vorlesetag am 20. November beteiligten sich auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion, darunter auch **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**, **unser Parlamentarische Geschäftsführer Carsten Pörksen** und unsere bildungspolitische Sprecherin **Bettina Brück**, die in Schulen und Kindertagesstätten aus ihren liebsten Kinder- und Jugendbüchern vorlasen.

*„Der Vorlesetag bereitet uns Abgeordneten jedes Jahr aufs Neue große Freude und wir unterstützen gerne das Ziel der bundesweiten Aktion, Kinder für das Lesen zu begeistern und Bürgerinnen und Bürger für die Bedeutung des Lesens und Vorlesens zu sensibilisieren. Wissenschaftliche Studien belegen regelmäßig, dass Vorlesen in der Familie oder der Kita nicht nur die individuelle Entwicklung und schulischen Leistungen von Kindern verbessert, sondern insbesondere auch die familiären Bindungen stärkt“*, betonte **Brück**.

Bei noch immer über 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten in Deutschland könne der Stellenwert der Leseförderung bereits ab dem frühen Kindesalter gar nicht hoch genug bewertet werden. *„Ich bin froh, dass Rheinland-Pfalz hier seit Jahren mit einer breit angelegten Initiative zur Leseförderung sowie zahlreichen Aktivitäten zur Alphabetisierung gut aufgestellt ist“*, erklärte **Brück**, die in der Erbeskopf Realschule plus in Thalfang Schülerinnen und Schülern aus dem Jugendbuch „Juma - Ein Straßenkind aus Tansania“ von Nasrin Siege vorlas.

Kinder des Protestantischen Kindergartens in Rohrbach konnten in der Lesestunde von **Alexander Schweitzer** der „Geschichte vom Löwen, der nicht schreiben konnte“ von Martin Baltscheit lauschen. Dass Kinder sich auch heute noch für Klassiker des deutschen Literaturkanons begeistern lassen, zeigte **Carsten Pörksen** mit einem lebhaften Vortrag des Grimmschen Märchens „Vom Fischer und seiner Frau“ in einer 5. Klasse.

Der bundesweite Vorlesetag wird jedes Jahr von der Wochenzeitung „Die Zeit“, der „Stiftung Lesen“ und der „Deutschen Bahn Stiftung“ organisiert. In diesem Jahr beteiligten sich bundesweit über 100.000 Vorleser an der Aktion.

## **BILANZ DER 16. LEGISLATURPERIODE**

### ***Die SPD-Landtagsfraktion zieht Bilanz***

Die 16. Wahlperiode des rheinland-pfälzischen Landtags nähert sich ihrem Ende. [Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen.](#) Die SPD-Fraktion kann sagen: Wir haben in den vergangenen fünf Jahren mit der rot-grünen Koalition viel erreicht. Wir sind die treibende Kraft für den sozial-ökologischen Wandel. Das ist gut für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger.

- **Rheinland-Pfalz ist das Kinderland.** Die Finanzierung des Ausbaus der Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige (U3) ist auf hohem Niveau gesichert. Dafür sorgen wir nicht zuletzt in den aktuell laufenden Haushaltsberatungen für 2016. Die SPD-Fraktion steht uneingeschränkt für eine gebührenfreie Bildung von Anfang an, sei es im Bereich der Kindergärten, Schülerbeförderung bis hin zu den Hochschulen.
- **Rheinland-Pfalz ist das Bildungsland.** Ohne ideologische Debatten haben wir erfolgreich die Schulstrukturreform in Rheinland-Pfalz zum Abschluss gebracht. Für eine deutliche Entlastung der Familien und berufstätigen Eltern konnten seit 2002 720 Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz geschaffen werden. Wir haben die kleinsten Klassen in Deutschland. Um die Qualität der Lehre in den Schulen zu sichern, haben wir einen Vertretungspool für Lehrerinnen und Lehrer mit derzeit 800 unbefristeten Stellen geschaffen, der temporären Unterrichtsausfall verhindern soll.
- **Rheinland-Pfalz ist das Land der erfolgreichen Inklusion.** Im Bereich der Inklusion wurden wichtige Weichen gestellt, um Kinder mit Behinderungen in einen normalen Schulalltag zu integrieren und die Wahlfreiheit von Eltern zu stärken. Hierfür werden bis 2016 rund 200 Vollzeitlehrerstellen bereitgestellt.
- **Rheinland-Pfalz ist das Mittelstandsland.** Als mittelständisch geprägtes Land fördern wir insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe und geben ihnen die notwendige Sicherheit, ihre Wirtschaftskraft voll zu entfalten. Wir gehen mit unserer Fachkräftestrategie entschieden gegen den Fachkräftemangel vor und fördern das Handwerk als einen wichtigen Impulsgeber für nachhaltiges

Wachstum, gute Beschäftigung und regionale Wertschöpfung. Mit dem Tariftreuegesetz hat die SPD-Fraktion das Vorbild für den Allgemeinen Mindestlohn geschaffen.

- **Rheinland-Pfalz ist ein Land voller Energien.** Die Umsetzung der Energiewende geht in Rheinland-Pfalz Hand in Hand mit einer erfolgreichen nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Der Industriestandort Rheinland-Pfalz zählt deutschlandweit zu den Besten. Dabei werden Arbeitsplätze gesichert sowie neue geschaffen. Rheinland-Pfalz hat die drittniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland. Auch im Bereich der Neugründungen von Firmen sind wir führend.
- **Rheinland-Pfalz ist das Zusammenland.** Die von den Koalitionsfraktionen getragene Landesregierung hat sich frühzeitig den Herausforderungen einer immer älter werdenden Gesellschaft gestellt und bislang als einziges Bundesland ein Demografieministerium eingerichtet. Mit wichtigen Initiativen zeigt Rot-Grün Chancen und Lösungen dieses Wandels auf. Dabei stehen wir im engen Dialog mit Betroffenen und Verantwortlichen aus Verbänden, Gewerkschaften, Organisationen und Kommunen. Auch im Gesundheitsbereich reagieren wir auf den demografischen Wandel und wollen medizinische und pflegerische Versorgung insbesondere im ländlichen Raum sicherstellen. Weiterhin halten wir an barrierefreien und altersgerechten Wohnangeboten fest und fördern alternative Wohnformen mit einer stärkeren häuslichen und ambulanten Betreuung pflegebedürftiger Menschen.
- **Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land.** Dass Rheinland-Pfalz zu einem der sichersten Länder in Deutschland zählt, verdanken wir dem hohen Einsatz der Polizei in unserem Land. Im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform schaffen wir zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen, ohne den zentralen Bezugspunkt für die Bürgerinnen und Bürger, die Ortsgemeinden, in ihrer Rolle als starke, bürgernahe und vielseitige kommunale Grundstruktur zu beeinträchtigen.
- **Rheinland-Pfalz konsolidiert seinen Haushalt.** Seit Rot-Grün in der Regierungsverantwortung ist, konsolidieren wir konsequent gemäß der neuen Schuldenregel in unserer Landesverfassung. Rot-Grün geht dabei aber auch entschlossen Zukunftsaufgaben des Landes an und sichert weiterhin die Voraussetzungen eines sozial-ökologischen Wandels in Rheinland-Pfalz. Durch

## ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**SPD-Fraktion**  
im Landtag Rheinland-Pfalz



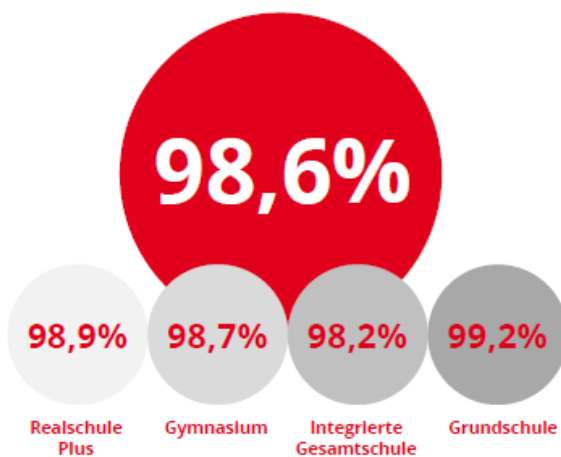
die Umsetzung der Reform des kommunalen Finanzausgleichs werden den Kommunen deutlich mehr gestaltungspolitische Spielräume ermöglicht. Vor allem Kommunen mit hohen Sozialleistungen werden entlastet.

Der gesamte Rechenschaftsbericht der SPD-Landtagsfraktion steht unter folgendem Link zum Download bereit: [bit.ly/Rechenschaftsbericht2015](https://bit.ly/Rechenschaftsbericht2015)

## ZAHLEN UND FAKTEN

### BILDUNGSLAND RHEINLAND-PFALZ

Die **Unterrichtsversorgung** wurde im Schuljahr 2015/16 noch einmal verbessert.



In Rheinland-Pfalz sind die **Klassengrößen** mit am niedrigsten.



**417.500 Kinder und Jugendliche** sind im Schuljahr 2015/16 an allgemeinbildenden Schulen.

Die **Personalversorgung** wurde im Schuljahr 2015/16 noch einmal deutlich verbessert.



Die **Sprachförderungsangebote** für neu ankommende Schülerinnen und Schüler wurden im Schuljahr 2015/16 noch einmal ausgebaut.

**297** Deutsch-Intensivkurse